

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/58

25. März 1976

Von Ehrlichkeit ist keine Rede

Die Haltung der Unions-Parteien zum § 216 StGB

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesjustizminister und Mitglied des SPD-Präsidiums
Seite 1 / 36 Zeilen

Der Thron-Kampf in der CDU

Kohls Abwiegelungsversuche können den Ernst der Lage
nicht verdecken

Von Hermann Heinemann
Vorsitzender des SPD-Vorstandes und Vorsitzender
des SPD-Bezirks Westliches Westfalen
Seite 2 und 3 / 61 Zeilen

Westliche Sachlichkeit gegen östliche Emotionen

Die Reichsbahn-Affäre zeigte der DDR ihre Grenzen

Von Dr. Ulrich Dübber MdB
Seite 4 und 5 / 72 Zeilen

Kein Europa-Sand in die Augen?

Zu den Organisationsplänen der Konservativen und
der Liberalen

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europe-Parlaments und des SPD-Fraktions-
vorstandes
Seite 6 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausstraße 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Von Ehrlichkeit ist keine Rede

Die Haltung der Unions-Parteien zum § 218 StGB

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesjustizminister und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Reform des § 218 StGB - das fünfzehnte Strafrechtsänderungsgesetz - wird in Kürze erneut den Bundesrat beschäftigen. Nachdem der Vermittlungsausschuß die Änderungsbegehren der Bundesratsmehrheit abgelehnt hat, ist damit zu rechnen, daß diese Mehrheit der CDU/CSU-regierten Länder einen Einspruch beschließt, den der Bundestag sodann mit der sogenannten "Kanzler-Mehrheit" zurückweisen wird.

Warum geht die Opposition diesen Weg? Warum verzögert sie immer wieder das Inkrafttreten der Reform? Die Sprecher der Opposition versuchen den Eindruck zu erwecken, als ob der Entwurf der Koalition und der Entwurf der Bundesratsmehrheit sich wie Feuer und Wasser unterschieden, und als ob die Grenze zwischen Lebensschutz und Lebensgefährdung exakt entlang den noch übrig gebliebenen Streitpunkten in den Fragen der Straffreiheit für die Schwangere, der Befugnis zur Stellung von Indikationen und zur Beratung im Falle der Notlagenindikation verlange.

Aber das ist abwegig. In Wahrheit gilt folgendes:

1/ Beide Entwürfe - der der Koalition und der der Opposition - stimmen in ihrem materiell-rechtlichen Teil in allen wesentlichen Punkten überein. Beide folgen dem Indikationsmodell. Beide gehen von einem umfassenden Gesundheitsbegriff aus und ermöglichen in diesem Rahmen die Berücksichtigung der sozialen Situation der Schwangeren.

2/ Beide Entwürfe verfolgen das Ziel, den gegenwärtig völlig unwirksamen Schutz des werdenden Lebens effektiver zu gestalten und mit der besonderen Situation der werdenden Mutter in Einklang zu bringen.

3/ Die grundsätzliche Kritik von katholischer Seite richtet sich in gleicher Weise gegen beide Entwürfe. Dieser Kritik würde allenfalls das Heck-Modell standhalten, das aber von der Opposition weder im Bundestag noch im Bundesrat vertreten oder gar zur Abstimmung gestellt worden ist.

4/ Der Koalitionsentwurf erleichtert in seinem Verfahrensteil den Weg zur Beratung und erschwert den Weg zum Kurpfuscher. Er verdient deshalb nach Auffassung der Bundesregierung den Vorzug.

Übrigens hat die Opposition 1974 ganz ähnlich gegen die Notlagenindikation argumentiert, um sie dann wenig später im praktischen Ergebnis in ihren eigenen Entwurf aufzunehmen. Das läßt Unsicherheit und das Bemühen erkennen, eine Übereinstimmung mit der katholischen Lehre vorzugeben, die eben in Wahrheit nicht existiert.

Das mag taktisch kalkuliert sein. Ehrlich ist es nicht.

(-/25.3.1976/vs/e/pr)

+ + +

Der Thron-Kampf in der CDU

Kohls Abwiegelungsversuche können den Ernst der Lage nicht verdecken

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des SPD-Vorstandes und Vorsitzender
des SPD-Bezirks Westliches Westfalen

Sie verhalten sich nicht wie erwachsene Politiker, sondern wie Schuljungen. Der CDU-Landesvorsitzende Westfalen-Lippe, Heinrich Windelen, meint, daß sein Bundesvorsitzender Dr. Helmut Kohl mit den Polen-Verträgen seine "Reifprüfung" bestanden habe. Der noch amtierende CDU-Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen, Heinrich Köppler, quengelte über seinen überraschenden Rivalen Biedenkopf, er solle sich erst einmal seiner einzigen "Hausaufgabe", dem Bundestagswahlkampf, widmen. Und der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf glaubt, dem sozialdemokratischen Regierungschef von NRW Zensuren erteilen zu können. Ich möchte dem Prof. Biedenkopf, der die Reiselust von Köhn ein Ärgernis nennt, nur wünschen: Seiner Partei täte es gut, wenn ihr Generalsekretär etwas mehr in der Welt herumgekommen wäre - er würde dann den Mund vielleicht nicht ganz so voll nehmen.

Der alerte CDU-Professor hat Heinrich Köppler angezählt. Selbst diese und jene konservative Stimme meint, das sei nicht gerade nobel gewesen, denn man müsse Köppler wenigstens einen ehrenvollen Abgang gönnen. Eben hier liegt das Problem der CDU: Köppler soll weg, aber es darf kein Blut fließen. Gerade Prof. Biedenkopf müßte doch aus der ihm wohlvertrauten Sphäre der Wirtschaftskapitäne wissen, daß man niemanden unfair kaltstellt. Wenn jemand schon keinen Einfluß mehr haben soll, wird der Abgang doch immer vergoldet - mit mehr Titel, mehr Geld und einem noch schickeren Vorzimmer.

Interessant ist, daß nicht nur die CDU-Politiker - auch Kohl hat sich im Abwiegen bemüht - diesen jüngsten Thron-Kampf herunterspielen wollen. Ob "Tagesschau" oder "heute": die Münchner SPD-Kommunalquerelen, wo sich alle Seiten als Provinzpolitiker aufspielen, sind für das Fernsehen wichtiger als diese politisch sehr viel wichtigere CDU-Aussäuerungssetzung in Nordrhein-Westfalen. Dabei ist Biedenkopfs Anmeldung für die Nummer Eins in diesem Lande nur der Gipfel eines Eisbergs. Doch nicht genug damit, daß

einige Leute diese Auseinandersetzung minimieren wollen - Springer's "Welt" startete sogar einen großaufgemachten Entlastungsangriff auf die Düsseldorf SPD-FDP-Koalition. Da wird suggeriert, daß es dort im Koalitionsgebiß knietere. Das sind Wunschträume. Natürlich ist auch die FDP in Nordrhein-Westfalen eine selbstbewußte Partei, aber deshalb schwankt die Koalition noch lange nicht. Außerdem will die "Welt" ihren Lesern vor-machen, daß die SPD nicht schrecklich viel von ihrem Ministerpräsidenten Kühn halte. Auch das ist Unsinn, zu dem ich nur eines sagen möchte: Für wie dumm halten die Springer-Journalisten eigentlich die SPD? Als ob sie nicht zu dem Mann stünde, der die zwischen den Bundestagswahlen von 1972 und 1976 wichtigste Landtagswahl gewonnen hat!

Das Herunterspielen der Affäre Biedenkopf/Köppler nützt nichts. Sie wird wieder hochkommen. Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl kann dann noch öfter erklären, daß er diese Diskussion für überflüssig halte. Daß es an dieser CDU-Front keine Ruhe geben wird, erklärt sich daraus: Die Bonner CDU-Führung traut Köppler nicht mehr zu, daß er es in NRW "packen" könnte. Schon gar nicht im dritten Anlauf. Klar ist auch, daß Biedenkopf nach einer Hausmacht sucht, denn die Luft ist in Bonn für ihn dünner geworden. Hat ihn der Wiener Kohl-Berater Gerd Becher schon so an die Wand gespielt? Oder gibt er selbst die Bundestagswahl schon verloren? Wie wichtig Düsseldorf für Bonn ist, das läßt sich mühelos beweisen. Dies ist Biedenkopfs Ein-sicht. Aber auch uns sollte die reibungslos funktionierende Koalition in Düsseldorf Zuversicht für den Bundestagswahlkampf geben.

Ein Genosse aus Bergkamen hat mir dieser Tage zum Thema Köppler/Bie-denkopf geschrieben: "Die wollen wohl vom Laumann zum Schlaumann!" Der Brief ist in einer Sprache verfaßt, die Prof. Biedenkopf so gerne lernen würde, um als rechter CDU-Mann dennoch dem Revier näherzukommen. Ich möchte vor solcher Polemik warnen, so ehrlich sie in diesem Fall auch ge-meint ist. Im Wahlkampf werden noch genug Späne fallen. Prof. Biedenkopf hat in Bünde, aus ganz eigensüchtigen Gründen, jetzt schon Wahlkampf be-trieben und Sprüche geklopft. Seinen Anspruch, in NRW etwas zu gelten, hat er bisher nur mit einem Wahlkampf-Konzept begründet. Mehr nicht. Die So-zialdemokraten nehmen den Professor Biedenkopf trotz seiner merkigen Sprüche ernst. Köppler freilich sollte ihn noch ernster nehmen.

(-/25.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Westliche Sachlichkeit gegen östliche Emotionen

Die Reichsbahn-Affäre zeigte der DDR ihre Grenzen

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Festigkeit hat sich bezahlt gemacht. Im Streit um den Ausbau der West-Berliner Fernbahnhöfe Charlottenburg, Spandau und Wannsee hat die DDR-eigene "Deutsche Reichsbahn" die Baupläne an Vertreter des Berliner Senats ausgehändigt, die zugleich im Alliiertenauftrag tätig wurden. Die Stadtkommandanten können jetzt über die Genehmigungen zum Bau befinden. Zugleich ließ die Reichsbahn erkennen, daß sie doch Sonderzüge zum Charakterfest des Deutschen Sängerbundes im Juni einsetzen werde.

Eine verzwickte Situation, die sich, wie vieles in Berlin, nur vor historischem Hintergrund erklären läßt. 1945 vereinbarten die vier Siegermächte, das gesamte Berliner Eisenbahnnetz aus technischen Gründen der Reichsbahnverwaltung der sowjetischen Zone zu überlassen. Dies galt in den drei West-Sektoren allerdings nur für die Betriebsrechte auf den Schienen, hoheitliche Befugnisse erwarb die Reichsbahnverwaltung damit nicht. Diese behielten sich die westlichen Stadtkommandanten ausdrücklich selber vor oder übertrugen sie von Fall zu Fall auf die West-Berliner Polizei.

Akut wurde das Problem immer dann, wenn bauliche Veränderungen auf den S-Bahnhöfen vorzunehmen waren. Die Alliierten griffen ein, wenn z.B. in den ersten Nachkriegsjahren Schienenmaterial im größeren Umfang nach Ost-Berlin verlagert werden sollte. Die Interessenlage veränderte sich, als nach dem Mauerbau die S-Bahn in den Westsektoren in eine kümmerliche Existenz zurückfiel, weil sie von der Bevölkerung boykottiert wurde. Noch heute fährt auf allen West-Berliner Strecken die S-Bahn nur mit Kurzzügen, ihr Defizit ist erheblich, und die DDR hat mehrfach vergeblich versucht, aus dem Westen Betriebsmittelzuschüsse zu erhalten.

Am 19. Dezember 1975 gelang es der Bundesregierung, der DDR erhebliche Verbesserungen im Straßen-, Schienen- und Wasserverkehr zwischen Berlin und dem Westen abzurufen. Der in miserablen Zustand befindliche Eisenbahnverkehr sollte attraktiver gemacht werden durch Fahrzeitverkürzung auf dem Wege ins Bundesgebiet, durch neue Zugpaare, eine verkürzte

Streckenführung zwischen Berlin und Hamburg sowie durch zusätzliche Fernbahnhöfe innerhalb Westberlins. Bis heute halten die Fernzüge im gesamten Bereich von Westberlin nur ein einziges Mal am Bahnhof Zoologischer Garten, also im Zentrum. Die Wiedereröffnung der aus der Vorkriegszeit stammenden Bahnhöfe am Stadtrand in Spandau und Wannsee soll den Reisenden künftig den Umweg über das Stadtzentrum ersparen und die Eisenbahn als Reiseinstrument attraktiver machen.

Die westalliierten Stadtkommandanten ordneten nach der deutsch-deutschen Vereinbarung im Dezember letzten Jahres an, daß ihnen diese Baupläne zur Genehmigung vorzulegen seien. Offenbar in der Hoffnung auf einen politischen und rechtlichen Vorteil kam die Reichsbahn dieser Anordnung zunächst nicht nach, sondern ließ die Bauarbeiten auf dem Bahnhof Wannsee ohne Genehmigung bereits beginnen. Indem der Senat die Zuleitung der Baupläne an die Stadtkommandanten übernahm, konnte ein böser Eklat verhindert werden, der etwa in dem Verbot des Weiterbaus in Wannsee hätte bestehen können.

Die DDR hat über ihre Reichsbahnverwaltung nachgeben müssen. Ostberlin hat eindeutig zu erkennen gegeben, daß es den Konflikt zu vermeiden wünscht, sondern immer nur dann Platzgewinne einzustreichen versucht, wenn der Verhandlungspartner das zuläßt. Dies aber ist hier nicht geschehen. Bundesregierung und Senat haben sich weder auseinanderdividieren noch sich den Schneid abkaufen lassen. Eine völlig emotionale, eher kühle Haltung des Westens hat der DDR die Grenzen eigenen Handelns deutlich gemacht.

Dazu hat es keiner Biertisch-Strategie solcher Unions-Politiker bedurft, die in den letzten Tagen eine "Strategie der abgestuften Vergeltung" empfahlen. Der Versuch einiger Heißsporne im SED-Zentralkomitee, eine Eskalation in Bewegung zu setzen, lief ins Leere; die ostdeutschen Kommunisten fanden dafür keinen Partner. Ob auf der westlichen Seite zwischen den drei Botschaftern in Bonn und ihren Stadtkommandanten in Berlin jederzeit ausreichend konferiert worden ist, wird von einigen bezweifelt. Es scheint sich hier gelegentlich der zeitliche Abstand von jenen Ereignissen bemerkbar zu machen, die vor 31 Jahren diese komplizierte Rechtsituation herbeiführten. Vieles ist tatsächlich nicht logisch, sondern nur faktisch gewachsen.

Die Politik zwischen Bonn und Ostberlin bleibt weiterhin umständlich und unvergleichlich. Sie wird ohne langen Atem nicht zu bewältigen sein. Daß aber ihre Möglichkeiten noch lange nicht am Ende sind, auch das beweist das Freie-Fahrt-Signal aus Ostberlin. (-/25.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Kein Europa-Sand in die Augen!

Zu den Organisationsplänen der Konservativen und der Liberalen

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europa-Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstandes

Über sichtbarste Differenzen ihrer nationalen Parteiorganisationen hinweg schreiten zwei Gruppen bürgerlicher Parteien jede für sich zur Gründung Europäischer Rahmenorganisationen, um dem Wähler den Eindruck machtvoller Geschlossenheit nicht nur im Hinblick auf allgemeine und direkte Wahlen zum Europäischen Parlament zu vermitteln. Christdemokraten einerseits und Freidemokraten andererseits als die einzigen praktischen Europäer?

So könnte man meinen, wenn man nicht bedenkt, daß unter den Christdemokraten nicht nur die Zusammenarbeit mit den Kommunisten, sondern auch das zulässige Maß an politischem Konservatismus und spezielle Sonderbehandlungen wie die der CSU keine gemeinsamen Themen sind. Auch die Liberalen möchten ihre Europäische Föderation als Vorreiter in Sachen europäische Integration verkaufen, in der Hoffnung, daß niemand zu eingehend nach dem Umfang gemeinsamer Substanz fragt, die sie über "Frieden und Freiheit" und einem gemeinschaftlichen Rahmen-Namen untereinander verbinden möge.

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas wollen hinsichtlich der erreichten Einheitlichkeit einer Wahlplattform dem Wähler keinen Sand in die Augen streuen. Sie arbeiten schon seit langem im Rahmen ihres Bundes innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eng und pragmatisch zusammen. Am Mittwoch und Donnerstag der kommenden Woche werden sie erneut zu Arbeiten an der gemeinsamen Plattform für die Direktwahl zum Europäischen Parlament in Brüssel zusammentreten.

Sie kann nur durch mühsames Zusammenraufen, nicht aber binnen weniger Wochen organisch wachsen. Die Hinführung dieser großen demokratischen Massenparteien, von denen jede ein über 100jähriges selbständiges Wachstum mit unvermeidbarer nationaler Einbindung und unterschiedlichen Ausgangslagen hinter sich gebracht haben, läßt sich nicht gewalttätig bewerkstelligen. Wir halten es für ehrlicher und glaubhafter, dies den Mitbürgern offen zu sagen. Schon jetzt wird bei zahlreichen Abstimmungen innerhalb aller Fraktionen des Europäischen Parlaments deutlich, wie schwer Einheitlichkeit zu erreichen ist und wie leicht auch im Detail nationale Differenzen aufbrechen.

Es wäre falsch, darüber zu vergessen, daß Sozialdemokraten und Sozialisten in der europäischen Zusammenarbeit die ältesten Erfahrungen und Erfolge aufzuweisen haben. Sie werden rechtzeitig zur Vorbereitung auf den europäischen Wahlkampf eine klare Wahlaussage vorstellen. (-/25.3.1976/vs/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller